

# Naive Studierende bevorzugt

Der Nachrichtendienst des Bundes warnt Hochschulen in einer Broschüre vor ausländischen Geheimdiensten.

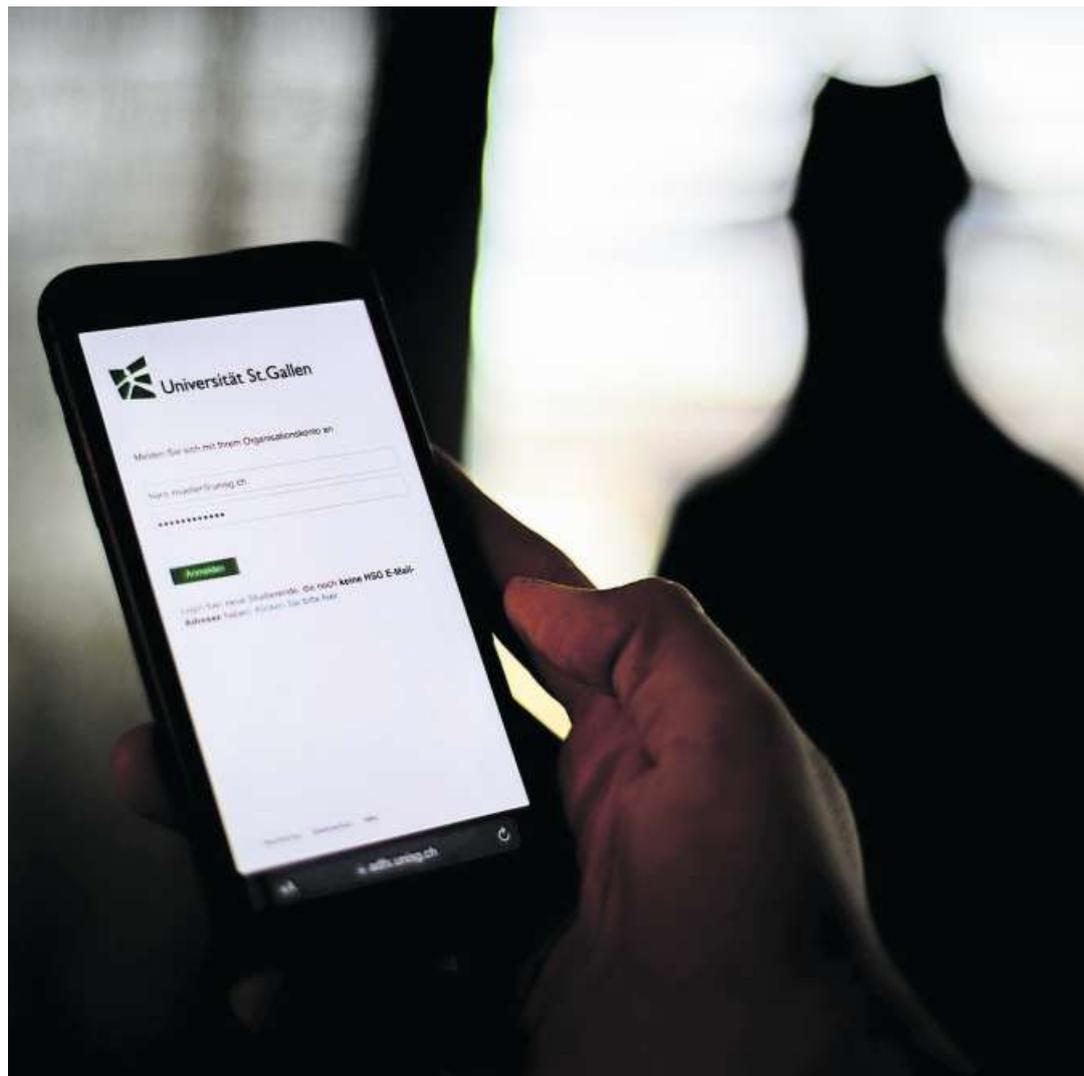
Raphael Rohner

Ein Doktorand der Universität St. Gallen bekam vor einiger Zeit immer wieder Kontaktanfragen über die sozialen Medien. Während er sich zu Beginn über das Interesse einiger Studenten aus asiatischen Ländern freute, wurde es ihm irgendwann unheimlich: «Mir kam dieser plötzliche Fame spanisch vor. Auf ihren Profilen schienen die Unbekannten Studierende fernöstlicher Universitäten zu sein, doch sagte mir mein Bauchgefühl, dass da irgendwas nicht stimmen kann. Sie wollten immer mehr Details über ein abgeschlossenes Projekt wissen, bei dem ich nur am Rande mitgearbeitet habe.» Der Doktorand löschte schliesslich seinen Account und erstellte einen neuen.

Geraten Studierende etwa ins Visier von ausländischen Geheimdiensten und Spionen? Genau davor warnt der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) in einer neuen Informationsbroschüre für Schweizer Hochschulen. Der HSG-Student ist kein Einzelfall – im Gegenteil: Weil sich die Universitäten und Hochschulen immer besser vor Zugriffen von aussen schützen, geraten immer mehr Studierende und Dozenten ins Visier von ausländischen Geheimdiensten und Wirtschaftsspionen. Dabei spielt die offene Kultur der Schweizer Universitäten und Hochschulen den ausländischen Agentinnen und Agenten in die Hände. Der Nachrichtendienst schreibt auf Anfrage: «Die Möglichkeiten der verbotenen Nachrichtenbeschaffung sind heutzutage simpel: Eine Anfrage über die sozialen Medien genügt, um an Informationen zu gelangen – sofern man nicht sensibel ist oder misstrauisch wird.»

## Verbindungen zwischen Hochschule und Staat

Der NDB listet weitere Beispiele für Versuche von verbotener Informationsbeschaffung auf. Eine Studentin etwa, die sich in



Immer mehr Fälle von Spionage an Hochschulen werden bekannt.

Bild: Raphael Rohner

ihrem Auslandssemester in einem asiatischen Land mit einer vermeintlichen Mitstudentin angefreundet hat, geriet dadurch unbemerkt in die Fänge eines ausländischen Nachrichtendienstes. Die Schweizerin wurde über ihre Kollegin von der Universität angefragt, ob sie gegen Bezahlung Berichte für ein Forschungsinstitut schreiben wolle. Das Forschungsinstitut entpuppte sich als getarnter staatlicher Nachrichtendienst, der ausländische Studenten als Mittel einsetzt, um an Informationen aus ihren Hochschulen zu kommen.

Dem NDB sind bestehende Verbindungen zwischen zivilen chinesischen Universitäten und

staatlichen Institutionen wie Sicherheitsdiensten und dem Militär bekannt. Diese Tatsache kann besonders im Rahmen von Forschungsk Kooperationen mit Schweizer Instituten mögliche Risiken mit sich bringen. Im Hinblick auf einen illegalen Wissenstransfer betrachtet der NDB die angewandte Forschung in technischen und naturwissenschaftlichen Fachbereichen als besonders kritisch.

Der Nachrichtendienst kommentiert das jedoch äusserst diplomatisch: «Die internationale Zusammenarbeit und der Wissensaustausch sind für den Forschungsbereich von zentraler Bedeutung und sollen nicht behindert werden. Es ist aber

wichtig, dass sich Bildungs- und Forschungsinstitute möglicher Bedrohungen bewusst sind und einen vorsichtigen Umgang mit kritischem Know-how pflegen.» Es liege daher in der Verantwortung der Universitäten und Hochschulen, sich bei Forschungsk Kooperationen im Vorfeld gründlich über das ausländische Partnerinstitut und dessen Absichten zu informieren, sowie mögliche Sicherheitsrisiken mit den zuständigen Behörden abzuklären.

Schon länger ist bekannt, dass ein Netzwerk der Kommunistischen Partei mit dem Ministerium für Staatssicherheit der Volksrepublik China in Deutschland im Verborgenen Einfluss

auf seine Landsleute ausübt. Auch gebe es parteinahe Studenten und Studierendenvereinigungen, die von sich aus auch aktiv werden können, sofern jemand auffällt, sagt Ralph Weber, China-Experte und Professor an der Universität Basel, in einem Artikel der NZZ.

## Russische Thinktanks werben Fachkräfte an

Seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine haben auch die Aktivitäten russischer Nachrichtendienste zugenommen, schreibt der Nachrichtendienst des Bundes. Die Systematik des verbotenen Nachrichtendienstes sei überall ähnlich: Nicht nur aus Fernost wird sich Zugriff an Schweizer Hochschulen verschafft, sondern auch aus Russland. Auf LinkedIn finden sich viele russische Thinktanks, die Schweizer Fachkräfte anwerben wollen. Gerade im akademischen Umfeld sind auch Startups aus Russland beliebt: Es geht um lukrative Jobangebote für Studierende oder die Finanzierung von Forschungsprojekten. «Gelingen solche Zugangsversuche der ausländischen Mächte nicht, sind auch Cyberangriffe auf Hochschulen nicht auszuschliessen», schreibt der Nachrichtendienst. Mit grosser Wahrscheinlichkeit ist genau das an der Universität Zürich passiert, wo Anfang Februar Unbekannte versucht haben, die Sicherheitssysteme der Hochschule zu knacken.

Ein weiteres Risiko für Hochschulen sind die Zugriffsmöglichkeiten der Mitarbeitenden und Studierenden von ausserhalb. Seit der Coronapandemie haben sich Fernzugriffsmöglichkeiten überall etabliert. «Bei diesem raschen Digitalisierungssprung fehlte bei vielen Systemen die Zeit für eine ausreichende Sicherheitsüberprüfung. Häufig werden zudem private Geräte für diese Zugriffe genutzt, die nicht vollständig kontrolliert werden können», heisst es beim NDB.